

Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Unterausschuss „Bürgerschaftliches Engagement“

Protokoll

8. Sitzung

Öffentliche Sitzung

Berlin, 27.10.2010, 17:00 Uhr
Sitzungsort: Paul-Löbe-Haus
Sitzungssaal: Saal E. 600

Vorsitz: Markus Grübel, MdB

- 1 Expertengespräch zum Thema „Potenziale und Perspektiven der Engagementförderung durch Migrantenorganisationen“ mit Prof. Dr. Maria Böhmer (Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration), Susanne Huth (INBAS-Sozialforschung), Irene Krug (Projektbüro „Migrantenorganisationen als Träger von Freiwilligendiensten“) und Kenan Kolat (Vorsitzender der Türkischen Gemeinde in Deutschland)
- 2 Bericht des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zum Stand der Vorbereitung für das Europäische Jahr der Freiwilligentätigkeit 2011
- 3 Diskussion über die nationale Engagementstrategie der Bundesregierung
- 4 Verschiedenes

Anwesenheitsliste*

Mitglieder des Unterausschusses

Ordentliche Mitglieder

CDU/CSU

Norbert Geis
Markus Grübel
Katharina Landgraf
Klaus Riegert
Dr. Peter Tauber

SPD

Ute Kumpf
Gerold Reichenbach
Sönke Rix

FDP

Florian Bernschneider
Heinz Golombeck

DIE LINKE.

Heidrun Dittrich
Harald Koch

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Britta Habelmann

Stellvertretende Mitglieder

CDU/CSU

Christoph Poland
Karl Schiewerling
Johannes Selle
Christian Freiherr von Stetten
Dieter Stier

SPD

Sabine Bätzing-Lichtenthäler
Mechthild Rawert
Stefan Schwartze

FDP

Miriam Gruß
Sibylle Laurischk

DIE LINKE.

Diana Golze
Jörn Wunderlich

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Kai Gehring

*) Der Urschrift des Protokolls ist die Liste der Unterschriften beigefügt.

Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Unterausschuss „Bürgerschaftliches Engagement“
8. Sitzung

Anwesenheitsliste*

Fraktionsmitarbeiter

*) Der Urschrift des Protokolls ist die Liste der Unterschriften beigelegt.

Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Unterausschuss „Bürgerschaftliches Engagement“
8. Sitzung

Anwesenheitsliste*

Bundesregierung

Bundesrat

*) Der Urschrift des Protokolls ist die Liste der Unterschriften beigelegt.

Der **Vorsitzende** begrüßt die Anwesenden zur öffentlichen 8. Sitzung des Unterausschusses „Bürgerschaftliches Engagement“. Im Mittelpunkt der heutigen Sitzung stehe das Expertengespräch zum Thema „Potenziale und Perspektiven der Engagementförderung durch Migrant*innenorganisationen“. Hierzu heiÙe er die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Frau Staatsministerin Professor Dr. Maria Böhmer, den Bundesvorsitzenden der Türkischen Gemeinde in Deutschland, Herrn Kenan Kolat, die Leiterin des Projektbüros „Migrant*innenorganisationen als Träger von Freiwilligendiensten“, Frau Irene Krug, sowie Frau Susanne Huth von INBAS-Sozialforschung herzlich willkommen. Darüber hinaus begrüÙe er Herrn Unterabteilungsleiter Christoph Linzbach vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) sowie besonders die zahlreichen Teilnehmerinnen und Teilnehmer unter den Besuchern, die ihr Freiwilliges Soziales Jahr bei einer Migrant*innenorganisation absolvierten. Im Anschluss an das Expertengespräch sei ein Bericht des BMFSFJ über den Stand der Vorbereitungen für das Europäische Jahr der Freiwilligentätigkeit 2011 sowie die Fortsetzung der Diskussion über die nationale Engagementstrategie der Bundesregierung geplant.

Tagesordnungspunkt 1

Expertengespräch zum Thema „Potenziale und Perspektiven der Engagementförderung durch Migrant*innenorganisationen“ mit Staatsministerin Prof. Dr. Maria Böhmer (Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration), Susanne Huth (INBAS-Sozialforschung), Irene Krug (Projektbüro „Migrant*innenorganisationen als Träger von Freiwilligendiensten“) und Kenan Kolat (Vorsitzender der Türkischen Gemeinde in Deutschland)

Der **Vorsitzende** erinnert zu Beginn daran, dass „Bürgerschaftliches Engagement und Integration“ – neben dem Thema „Bürgerschaftliches Engagement und demografischer Wandel“ – eines der beiden Schwerpunktthemen des Unterausschusses in dieser Wahlperiode sei. Das heutige Expertengespräch stelle den Auftakt für die Beschäftigung mit diesem wichtigen gesellschaftlichen Thema im Unterausschuss dar. Für die heutige Sitzung seien Experten aus den Bereichen Politik, Wissenschaft und Praxis eingeladen, wobei besonders der Aspekt der Migrant*innenorganisationen im Vordergrund stehen solle.

Der Vorsitzende fährt fort, über die integrationsfördernde Wirkung, die bürgerschaftliches Engagement entfalten könne, gebe es in der engagementpolitischen Diskussion großen Konsens. Er erinnere daran, dass es im Rahmen des Nationalen Integrationsplanes ein eigenes Themenfeld mit dem Titel „Integration durch bürgerschaftliches Engagement und gleichberechtigte Teilhabe stärken“ gegeben habe. Im Rahmen der Selbstverpflichtungen seien zudem anspruchsvolle Ziele, wie zum Beispiel eine stärkere Qualifizierung von Migrant*innenorganisationen als Träger von Projekten sowie eine Unterstützung des Prozesses der interkulturellen Öffnung und Vernetzung von traditionellen Vereinen und Verbänden und Migrant*innenorganisationen, formuliert worden. Auch im „Nationalen Forum für Engagement und Partizipation“ habe es im letzten Jahr ein eigenes Dialogforum mit dem Titel „Bürgerschaftliches Engagement in der Einwanderungsgesellschaft“ gegeben. In der kürzlich verabschiedeten nationalen Engagementstrategie der Bundesregierung spiele das Thema „Integration“ ebenfalls eine wichtige Rolle. Er wisse, wie leidenschaftlich und kontrovers das Thema „Integration“ derzeit diskutiert werde. Trotzdem bitte er alle, sich in der Sitzung auf den Aspekt der Engagementförderung durch Migrant*innenorganisationen zu beschränken und die allgemeine Diskussion des Themas anderen Gremien zu überlassen. Er bitte zunächst Frau Staatsministerin Böhmer um ein kurzes Resümee der bisherigen politischen Bemühungen, Migrant*innenorganisationen im Bereich des bürgerschaftlichen Engagements zu stärken sowie um einen kurzen Ausblick zum weiteren Handlungsbedarf bei der Unterstützung von Migrant*innenorganisationen und den diesbezüglichen Plänen.

StMin Prof. Dr. Maria Böhmer (Bundeskanzleramt) bedankt sich zunächst herzlich für die Einladung in den Unterausschuss. Sie begrüße auch alle Mitstreiterinnen und Mitstreiter bei dem Thema unter den Gästen. Auch wenn es sie ein wenig reizen würde, an dieser Stelle etwas zur allgemeinen integrationspolitischen Diskussion der vergangenen Wochen zu sagen, wolle sie sich in ihrem Redebeitrag auf Ausführungen zum heutigen Thema beschränken.

Eine wichtige Botschaft und Erkenntnis der letzten Jahre sei – dies wolle sie am Anfang ausdrücklich betonen –, dass sich Migrant*innen und Migrant*innen und ihre Organisationen gerade auch im Bereich des bürgerschaftlichen Engagements in die Gesellschaft einbringen wollten. Potenziale und Perspektiven der Engagementförderung durch Migrant*innenorganisationen ließen sich beispielsweise besonders an dem im weiteren Verlauf der Sitzung noch vorgestellten Kooperationsprojekt im Bereich der Jugendfreiwilligendienste

festmachen. Sie halte das Projekt des BMFSFJ, mit dem auch eine Selbstverpflichtung im Rahmen des Nationalen Integrationsplanes umgesetzt werde, für hervorragend. Denn in ihm gelinge es vorbildhaft, dass sich Migrantenorganisationen stärker als bisher in die Gesellschaft einbrächten und als „Brückenbauer“ im Bereich der Integration fungierten. Dies sei auch in anderen Bereichen in den letzten fünf Jahren geschehen. Es gebe einen guten und vertrauensvollen Umgang miteinander, der auch einschließe, dass man gegenseitig Kritik aushalte. Kritik könne zielführend sein, wenn man - neben dem bereits auf den Weg gebrachten Guten - auch die Bereiche in den Blick nehme, wo noch Handlungsbedarf bestehe. So verstehe sie auch das Zusammenkommen hier im Unterausschuss.

Bei den Migrantenorganisationen, die inzwischen in großer Zahl sowohl auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene präsent seien, sei in den letzten Jahren eine deutliche Weiterentwicklung festzustellen, da sie sähen, dass sie ganz anders gefragt und gefordert seien. Viele verstünden dies ausdrücklich als Ermunterung und Ermutigung für ihre eigene Arbeit. Im Nationalen Integrationsplan sei betont worden, dass gerade die Kooperation von einheimischen Vereinen und Verbänden mit Migrantenorganisationen den interkulturellen Austausch fördern und die interkulturelle Öffnung der Gesellschaft voran bringen könne. Die Migrantenorganisationen selbst hätten sich inzwischen stärker gesellschaftlich geöffnet und gäben damit auch Einheimischen die Chance zur Mitwirkung. Wo beide Seiten aufeinander zgingen, könne man von Integration im wahrsten Sinne des Wortes sprechen.

Die Staatsministerin betont, alle Beteiligte – inklusive der Migrantenorganisationen – hätten im Nationalen Integrationsplan Selbstverpflichtungen übernommen. Dies sei für einzelne Migrantenorganisationen mitunter schwierig gewesen, weil sie oft nur ehrenamtliches Personal und keinen hauptamtlichen Überbau hätten. Trotzdem hätten sich die Migrantenorganisationen sehr stark eingebracht, und die meisten der von ihnen übernommenen Selbstverpflichtungen seien auch eingelöst worden. Dies werde auch bei der zweiten Bilanzierung des Nationalen Integrationsplanes besonders in den Blick gerückt werden.

Gleichwohl fehle es vielen Migrantenorganisationen noch an den notwendigen finanziellen und infrastrukturellen Rahmenbedingungen. Vieles müsse von den Engagierten daher oft aus der eigenen Tasche finanziert werden. Zudem mangle es an Netzwerken, Professionalisierung und Zugängen zu gesellschaftlichen Einrichtungen. Insofern sei das Pro-

jekt des BMFSFJ „Migrantenorganisationen als Träger von Freiwilligendiensten“ in doppelter Hinsicht spannend. Zum einen hätten sich Migrantenorganisationen als Träger-einrichtungen qualifiziert, womit sie sich auch neue Zugänge zu gesellschaftlichen Organisationen erschlossen. Damit verbunden sei auch, dass sie die notwendige grundlegende Ausstattung erhielten. Zum anderen könnten junge Menschen aus Migrantenfamilien auf diese Weise stärker für Freiwilligendienste und bürgerschaftliches Engagement gewonnen werden.

Die Staatsministerin fährt fort, ein weiteres Projekt, das sie ansprechen wolle, sei beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge verankert. Sie habe bereits darauf hingewiesen, dass Migrantenorganisationen vielfach noch nicht so professionell und finanziell aufgestellt seien, wie es notwendig wäre, um Aufgaben und Projekte übernehmen zu können. Deshalb sei es wichtig, dass das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge ihnen eine Strukturförderung gewähre. Dies versetze Migrantenorganisationen nicht nur besser in die Lage, Projekte zu übernehmen, sondern habe auch zu neuen Kooperationen, z. B. im bildungspolitischen Bereich mit dem Deutschen Kulturrat, geführt. Auch beim Ausbildungspakt hätten sich Migrantenorganisationen eingebracht. Zudem habe vor kurzem ein Gespräch mit der Kultusministerkonferenz (KMK) stattgefunden, nachdem in der letzten Legislaturperiode ein gemeinsames Vorhaben zur Stärkung der Elternarbeit von Migrantenorganisationen und KMK unterzeichnet worden sei.

Das dritte Projekt, das sie hervorheben wolle, sei in ihrem eigenen Amt verankert. Es handele sich dabei um die „Aktion zusammen wachsen“, die darauf abziele, bundesweit Patenschaftsprojekte für junge Menschen mit Zuwanderungshintergrund zusammenzuführen. Sie halte es für äußerst bemerkenswert, in wie vielen Städten, Gemeinden und Landkreisen sich Menschen engagierten, um Kinder und Jugendliche aus Migrantenfamilien in vielfältiger Weise zu unterstützen. Neben Lesepatenschaften gebe es auch Ausbildungspatenschaften für den Übergang von der Schule in den Beruf sowie Patinnen und Paten, die sich um Hausaufgabenbetreuung oder um Kontakte mit Vereinen und Verbänden kümmerten. Häufig wüssten Projekte nichts über vergleichbare andere Initiativen und erfänden deshalb das Rad wieder neu. Hier setzte die „Aktion zusammen wachsen“ an. Sie biete Projekten über eine Webseite eine bundesweite und fünf regionale Servicestellen in Modellregionen sowie über Fachveranstaltungen verschiedene Plattformen für Wissenstransfer und Erfahrungsaustausch. Bestehende Netzwerke für Patenschafts- und Mentoringprojekte würden dadurch gestärkt und die weitere Vernetzung der

Projekte angeregt. Sie sei sehr froh, dass es zusammen mit dem BMFSFJ gelungen sei, hierfür eine weitergehende Perspektive zu entwickeln.

Die Staatsministerin fährt fort, der erste Indikatorenbericht zur Integration in Deutschland habe gezeigt, dass freiwilliges Engagement vom Alter, vom Bildungsgrad, vom Einkommen und von Werteinstellungen beeinflusst werde und dass es bei Migranten der zweiten Generation – verglichen mit der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund – keinen Unterschied mehr beim bürgerschaftlichen Engagement gebe. Dies sei ein erfreuliches Ergebnis, das zeige, dass vor allem jüngere Migrantinnen und Migranten in der Gesellschaft angekommen seien und dass bei vielen ein hohes Engagementpotenzial bestehe. Auch deshalb sei die Diskussion im Unterausschuss wichtig, da sie dazu beitrage, diese Botschaft nach außen zu tragen und da sie zugleich ein guter Kontrapunkt zu manch öffentlicher Diskussion der letzten Wochen sei. Es sei wichtig, den Dialog aufrecht zu erhalten, und nicht über-, sondern miteinander zu reden, denn nur so könne man wechselseitig voneinander lernen.

Beim bevorstehenden 4. Integrationsgipfel am 3. November 2010 werde an der bewährten Tradition festgehalten, dass es zunächst ein Gespräch der Bundeskanzlerin nur mit den Migrantenorganisationen geben werde, an dem neben ihr wahrscheinlich auch der Bundesinnenminister teilnehmen werde, ehe der Kreis weiter geöffnet werde. Dies sei auch eine besondere Form der Anerkennung und Wertschätzung der Migrantenorganisationen. Der 4. Integrationsgipfel solle den Startschuss für die Fortentwicklung des Nationalen Integrationsplanes zu einem nationalen Aktionsplan mit konkreten und überprüfbaren Zielbestimmungen und Zeitangaben geben. Dabei werde man an der bisherigen Struktur festhalten. Die bestehenden Foren würden noch einmal um die Themen „Pflege und Gesundheit“ sowie „Öffnung des öffentlichen Dienstes für Migranten“ erweitert. Auch das Forum zum bürgerschaftlichen Engagement, in das Migrantenorganisationen einbezogen seien, bleibe erhalten. Sie hoffe, dass sich auch künftig möglichst viele daran beteiligten, Integration auf eine breite Basis zu stellen.

Der **Vorsitzende** dankt der Staatsministerin für ihren Beitrag. Als nächstes erteile er Frau Huth das Wort, die bereits seit einigen Jahren im Bereich „Migration und bürgerschaftliches Engagement“ wissenschaftlich arbeite. Aktuell sei sie mit einigen Forschungsprojekten in diesem Themenbereich befasst, die zwar noch nicht abgeschlossen seien, aber bereits erste Zwischenergebnisse erlaubten.

Susanne Huth (INBAS-Sozialforschung) weist einleitend darauf hin, dass sie aus ihren derzeit laufenden drei Forschungsarbeiten heraus Thesen und Befunde zu sechs Punkten entwickeln und vorstellen wolle. Die Forschungsarbeiten befassten sich mit den Themen „Freiwilligenmanagement in Migrantenorganisationen und Wohlfahrtsverbänden“, „Bürgerschaftliches Engagement von Migrantinnen und Migranten“ sowie mit der Evaluation des Programms „Freiwilligendienste machen kompetent“.

Der erste Befund betreffe die *Engagementbedingungen in Migrantenorganisationen*. Freiwillig Engagierte arbeiteten dort oft am Rande der zeitlichen und inhaltlichen Überforderung – und nicht selten auch darüber hinaus. Es fehle daher oftmals die Zeit für die Ansprache und Gewinnung weiterer Engagierter. Daher gelinge es auch kaum, die Aufgaben in den Organisationen auf mehrere Schultern zu verteilen. Unter diesen Bedingungen sei Freiwilligenarbeit in Migrantenorganisationen eher reaktiv und am unmittelbar Notwendigen orientiert. Gelänge es, zusätzliche Freiwillige zu finden und sie produktiv in die bestehenden Arbeitsstrukturen einzubinden, könnten Ressourcen für eine zukunftsorientierte, gestalterische und auch vernetzende Arbeit in den Migrantenorganisationen gewonnen werden.

Die *Rahmenbedingungen der Freiwilligenarbeit in Migrantenorganisationen* – so laute der zweite Befund – seien dadurch gekennzeichnet, dass die räumlichen und materiellen Ressourcen ebenso unzureichend seien wie die vorhandenen Kenntnisse, Fähigkeiten und Kompetenzen. Einige große Migrantenorganisationen verfügten zwar über hauptamtliches Personal und seien damit auch strukturell besser aufgestellt, aber die Rahmenbedingungen für die vielen hundert kleinen Organisationen vor Ort unterschieden sich davon deutlich. Nicht selten fänden Treffen in Privatwohnungen statt, und meist müsse man als Freiwilliger noch Geld für sein Engagement mitbringen. Für das Engagement essentiell wichtige Kenntnisse, z. B. über das Institutionensystem oder auch die Angebotsstrukturen in Deutschland, müssten meist mühsam im Wege des Lernens aus Erfahrung gewonnen werden. Durch eine bessere finanzielle und strukturelle Förderung, durch die Möglichkeit zur Auslagererstattung (insbesondere für Fahrtkosten), durch Fortbildungsangebote sowie durch die Anleitung und Begleitung von Freiwilligen in den Organisationen könnte – so die These – die Wirkung des Engagements in Migrantenorganisationen deutlich verbessert und damit gleichzeitig auch die Zufriedenheit der Engagierten mit ihren Tätigkeiten nachhaltig erhöht werden.

Der dritte Befund beschäftige sich mit den *Handlungsfeldern und den Zielgruppen von Migrantenorganisationen*. Diese bearbeiteten oftmals gleichzeitig verschiedene Handlungsfelder. Neben Religion, Kultur, Freizeit und Geselligkeit sei eine deutliche Konzentration auf die Bereiche Bildung, Elternbegleitung und Gesundheit zu verzeichnen. Die Integration und Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund in diesen gesellschaftlich relevanten Bereichen stehe vielfach im Mittelpunkt der Arbeit. Zu den Zielgruppen der Tätigkeiten gehörten vor allem Kinder und Jugendliche, Frauen sowie zunehmend auch ältere Menschen in den Communities. Die erfolgreiche Ansprache von Zielgruppen, die durch andere Akteure teilweise nur schwer erreicht werden könnten, sei eine Stärke von Migrantenorganisationen. Ihre Engagierten fungierten als Vorbilder, Multiplikatoren und „Brückenbauer“. Diese Vielseitigkeit der Handlungsfelder und Zielgruppen der Freiwilligenarbeit in Migrantenorganisationen berge große Potenziale für die Engagementförderung von Menschen mit Migrationshintergrund insgesamt. Gemeinsam mit Migrantenorganisationen könnten etablierte Träger und Infrastruktureinrichtungen der Freiwilligenarbeit Mitglieder der jeweiligen Communities ansprechen und für ein Engagement gewinnen. Dabei komme es darauf an, Migrantenorganisationen nicht zu instrumentalisieren, sondern partnerschaftlich mit ihnen zusammenzuarbeiten.

Der vierte Befund betreffe die *Anerkennung der Freiwilligenarbeit von und in Migrantorganisationen*. Sowohl die Arbeit der Migrantorganisationen selbst als auch die der dort freiwillig Engagierten würden bisher nicht ausreichend öffentlich anerkannt und beachtet. Dies liege daran, dass Migrantorganisationen vornehmlich innerhalb der eigenen Community tätig würden. Dies führe dazu, dass deren Tätigkeiten wenig öffentlichkeitswirksam seien und daher oft im Verborgenen blieben. Darüber hinaus seien Migrantorganisationen in den Kommunen häufig noch schlecht vernetzt. Dadurch erhielten auch Tätigkeiten, die in der Öffentlichkeit stattfänden und eigentlich sichtbar sein müssten, nicht die entsprechende Aufmerksamkeit durch die relevanten Akteure, die auch eine Anerkennung zollen könnten. Den in Migrantorganisationen freiwillig Engagierten mangle es teilweise aber auch an Anerkennung nach innen, weil eine Anerkennungskultur in Migrantorganisationen bislang kaum ausgeprägt sei.

Eine Anerkennungskultur sei demnach in doppelter Hinsicht zu fördern: In den Kommunen müsse es darum gehen, Migrantorganisationen Foren zu bieten, sich und ihre Tätigkeiten öffentlichkeitswirksam zu präsentieren sowie Vernetzung und Kooperationen zwischen etablierten Trägern, Infrastruktureinrichtungen und Migrantorganisationen

zu initiieren, zu moderieren und zu begleiten. Neben der Anerkennung der Freiwilligenarbeit in Migrantenorganisationen von außen, könne auf diese Weise auch eine Anerkennungskultur nach innen gefördert werden, indem Migrantenorganisationen beispielsweise von entsprechenden Erfahrungen der Infrastruktureinrichtungen profitierten.

Der fünfte Punkt betreffe die *Vernetzung mit etablierten Trägern und Infrastruktureinrichtungen*. Dies sei teilweise bei den vorherigen Punkten schon angesprochen worden, verdiene aber noch einmal besonders hervorgehoben zu werden. Auch wenn mancherorts bereits Ansätze für eine Vernetzung von Migrantenorganisationen mit kommunalen Fachstellen, etablierten Trägern und Infrastruktureinrichtungen der Engagementförderung zu verzeichnen seien, herrschten vielerorts noch gegenseitige Unkenntnis, Missverständnisse und Vorbehalte. Kommunen und Kreise reagierten darauf zum Teil damit, dass sie beispielsweise Bestandsaufnahmen der örtlichen Migrantenorganisationen durchführten und ihnen Foren böten, sich untereinander zu vernetzen. Suchten etablierte Träger der sozialen Arbeit und der Integrationsarbeit bislang eher den Kontakt zu Migrantenorganisationen, um durch diese die Zielgruppen ihrer Arbeit besser zu erreichen, ohne diese jedoch an der eigentlichen Projektarbeit zu beteiligen, würden nun Tandem-, Coaching- oder Mentoring-Projekte auf Landes- oder Bundesebene gefördert, die auch dem Aufbau von Strukturen und Know-how der Engagementförderung in den Migrantenorganisationen selbst dienten.

Infrastruktureinrichtungen täten sich mit der Kontaktaufnahme und der Kooperationsanbahnung mit Migrantenorganisationen bislang zum Teil noch schwer, auch wenn eine Reihe von Freiwilligenagenturen ihr Tätigkeitsspektrum bereits auf Themen der Integrationsarbeit erweitert habe. In diesem Zusammenhang seien z. B. Bildungspaten- und Integrationslotsenprojekte zu nennen, die bestrebt seien, Menschen mit Migrationshintergrund als Freiwillige zu gewinnen und zu vermitteln. Einige Infrastruktureinrichtungen hätten zum Teil auch negative Kooperationserfahrungen gemacht, z. B. dass Einladungen ohne Absage nicht wahrgenommen oder Verabredungen nicht eingehalten worden seien. Umgekehrt wüssten Migrantenorganisationen oftmals nicht, dass es kommunale Anlaufstellen gebe, die ihnen bei der Engagementförderung, z. B. durch Qualifizierung, Beratung und Vermittlung, behilflich sein könnten. Für die unmittelbare Projektarbeit von Migrantenorganisationen spielten Infrastruktureinrichtungen daher oftmals gar keine Rolle.

Ihre vorläufige Schlussfolgerung aus den laufenden Projekten laute daher, dass Migrantenorganisationen zur Engagementförderung mehr Vernetzung und Kooperationen benötigten. Die vielfach bereits durch Kommunen und Kreise angestoßene Vernetzung von Migrantenorganisationen untereinander sollte daher um etablierte Träger und Infrastruktureinrichtungen der Freiwilligenarbeit sowie um Bildungsträger erweitert werden. In den Infrastruktureinrichtungen gelte es zudem, sich mit Konzepten und Strategien der interkulturellen Öffnung stärker auseinanderzusetzen und Angebote gemeinsam mit Migrantenorganisationen auf deren Bedürfnisse abzustimmen. Solche Ansätze gebe es etwa bereits im Qualifizierungsprogramm des Landes Hessen, wo Freiwilligenagenturen den Vereinen vor Ort entsprechende Angebote unterbreiteten. Dabei werde auch gemeinsam mit den Migrantenorganisationen eruiert, welche Qualifizierungsmaßnahmen diese zur weiteren Stabilisierung ihrer Arbeit benötigten.

Der letzte Befund, den sie präsentieren wolle, betreffe das *Freiwilligenmanagement in Migrantenorganisationen*. Die Engagementförderung sei ein neues Handlungsfeld für Migrantenorganisationen, das erst einmal den Handlungsfeldern wie Bildung, Gesundheit, Geselligkeit, Kulturpflege etc., die sich unmittelbar auf die Mitglieder und Zielgruppen bezögen, nachgeordnet sei. Was die Engagementförderung nach innen angehe, so versuchten Migrantenorganisationen zunehmend, über Projektgelder aus kommunalen, Landes- oder Bundesprogrammen die durch freiwillig Engagierte erbrachten Angebote, z. B. durch Honorarkräfte oder Hauptamtliche, zu stabilisieren und auszuweiten. Sie entwickelten darüber hinaus jedoch selten eine nachhaltige Perspektive. Nach der Beendigung dieser Projekte würden die Angebote meistens wieder auf das Niveau vor der Projektförderung zurückgefahren oder mit Projektgeldern aus einem neuem Programm – nicht selten nach monatelanger Unterbrechung – weitergeführt.

Nur wenigen Migrantenorganisationen gelinge bisher der Schritt in die Professionalisierung als anerkannte Träger. Dies gelte nicht nur für den Bereich der Jugendfreiwilligendienste, sondern etwa auch für Bereiche wie Jugendhilfe oder Weiterbildung. Freiwillig engagiert sei oftmals nur der ehrenamtliche Vorstand, während die Angebote des Vereins vornehmlich von Hauptamtlichen erbracht würden. Ein auf Nachhaltigkeit und verlässlich organisierte Freiwilligenarbeit zielendes Freiwilligenmanagement spiele nur selten eine Rolle. Aufbau und Etablierung eines Freiwilligenmanagements müssten zunächst einmal als eine Investition betrachtet werden, die Migrantenorganisationen – über die Aktivitäten hinaus, die direkt auf die eigenen Mitglieder und Zielgruppen gerichtet

seien – tätigen sollten, um Arbeitsstrukturen zu stabilisieren. Dazu benötigten Migrant*innenorganisationen Unterstützung in Form von finanzieller und struktureller Förderung, Beratung, Qualifizierung und Vernetzung, da die allerwenigsten von ihnen dies zeitlich, personell und finanziell alleine leisten könnten. Eine solche Investition, die Migrant*innenorganisationen in die Lage versetzen würde, zusätzliche Freiwillige zu gewinnen und in ihre Angebots- und Arbeitsstrukturen einzubinden, würde sich lohnen.

Der **Vorsitzende** dankt Frau Huth für ihren Redebeitrag. Man komme nun zum Projekt „Migrant*innenorganisationen als Träger von Freiwilligendiensten“, das im Sommer 2008 in Kooperation von BMFSFJ und Berliner Senat mit dem Ziel gegründet worden sei, Migrant*innenorganisationen als eigenständige Träger von Jugendfreiwilligendiensten zu qualifizieren. Das Projekt sei am Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik (ISS) angesiedelt. Die erste Migrant*innenorganisation, die sich als Träger des Freiwilligen Sozialen Jahres etabliert habe, sei die Türkische Gemeinde in Deutschland. Im Jahr 2010 hätten sich zudem zwei weitere Migrant*innenorganisationen auf den Weg der Trägeranerkennung begeben, die den russischsprachigen Bereich bzw. das ehemalige Jugoslawien abdeckten. Er bitte zunächst Frau Krug als Leiterin des Projektbüros, einen kurzen allgemeinen Überblick über den Stand des Projektes zu geben. Anschließend werde Herr Kolat die bisherigen Erfahrungen der Türkischen Gemeinde in Deutschland mit dem Projekt skizzieren.

Irene Krug (Projektbüro „Migrant*innenorganisationen als Träger von Freiwilligendiensten“) bedankt sich für die Möglichkeit, das Projekt im Unterausschuss vorstellen zu können. Der Vorsitzende habe in seiner Einleitung schon einige wichtige Hinweise gegeben. An dem Projekt seien mit dem Bund, dem Land Berlin, dem ISS als Koordinator und der Türkischen Gemeinde als Projektakteur gleich mehrere Partner beteiligt. Die damit verbundenen unterschiedlichen Interessen zu koordinieren, sei – wie man sich vorstellen könne – eine herausfordernde Aufgabe.

Ein Ziel des Projektes sei es, Jugendliche mit Migrationshintergrund besser in das Freiwillige Soziale Jahr (FSJ) zu integrieren. Denn die Evaluation des FSJ habe immer wieder gezeigt, dass – im Vergleich zu ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung – deutlich weniger jungen Menschen mit Migrationshintergrund an einem FSJ teilnahmen. Das andere Ziel des Projektes bestehe darin, Migrant*innenorganisationen in die Lage zu versetzen, Träger des FSJ und damit gleichberechtigte Akteure im Feld des Freiwilligendienstes zu sein. Der Vorsitzende habe bereits erwähnt, dass – neben der Türkischen Gemeinde – in

diesem Jahr zwei weitere Migrantenorganisationen als Träger in das Projekt integriert worden seien. Dabei handele es sich um den „Club Dialog e.V.“ mit den russischsprachigen Migrantinnen und Migranten und „südost Europa Kultur e. V.“, der sich vorrangig mit Migrantinnen und Migranten aus dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawiens, einschließlich der Roma, befasse.

Die Ergebnisse des Projektes wolle sie anhand einiger Zahlen verdeutlichen: Gegenwärtig seien 45 Freiwillige in allen drei genannten Organisationen in dem Projekt, wobei sich noch ca. 25 Freiwillige im Bewerbungsverfahren befänden. Man gehe davon aus, dass bis Ende des Jahres 60 bis 65 Freiwillige in das Projekt integriert werden könnten. Unter den Freiwilligen seien 12,5 Prozent männliche Teilnehmer und 35 Prozent deutsche Jugendliche *ohne* Migrationshintergrund. Bei den Jugendlichen *mit* Migrationshintergrund gebe es nicht nur Jugendliche mit türkischem, russischem oder ex-jugoslawischem Migrationshintergrund, sondern Jugendliche mit insgesamt 14 verschiedenen Nationalitäten, die sich über die ganze Welt verteilten. Dies stelle für die Durchführung des Projektes, z. B. für Seminare und pädagogische Begleitung, eine besondere Herausforderung dar. Diese werde aber von der Türkischen Gemeinde sowie – seit 1. September 2010 – auch von „Club Dialog“ und „südost Europa Kultur“ als Projektanbieter gemeistert. Das ISS, das Land Berlin und sie selbst hätten dabei nur eine beratende und begleitende Funktion, während die Verantwortung für die Durchführung der Projekte bei den drei genannten Migrantenorganisationen liege. Hinsichtlich der Dauer, der pädagogischen Begleitung und der Seminare durchführung orientiere sich das Projekt am Gesetz zur Förderung von Jugendfreiwilligendiensten.

Frau Krug führt weiter aus, dass für die gegenwärtig 45 Freiwilligen im Projekt 250 Bewerbungen zu sichten und Bewerbungsgespräche durchzuführen gewesen seien. Wenn man sich frage, warum nicht mehr Jugendliche im Projekt seien, müsse man berücksichtigen, dass es bei Freiwilligendiensten darum gehe, passfähige Einsatzstellen und ihre Tätigkeitsfelder mit jungen Menschen und ihren speziellen Interessen zusammenzuführen. Dies sei für alle FSJ-Träger bereits grundsätzlich eine anspruchsvolle Aufgabe und für Migrantenorganisationen, die ein besonderes Augenmerk auf Jugendliche mit Migrationshintergrund hätten, eine spezielle Herausforderung. Ca. 60 bis 70 Prozent der Bewerberinnen und Bewerber interessierten sich für den Bereich der Kinder- und Jugendhilfe bzw. für interkulturelle Tätigkeiten und Einsatzstellen. Weniger gefragt seien dagegen die klassischen Einsatzbereiche und Tätigkeiten des FSJ im Krankenhaus oder in

der Altenpflege, wo es jedoch viele Angebote für Teilnehmerinnen und Teilnehmer des FSJ gebe. Dies führe dazu, dass nicht jede Bewerberin und jeder Bewerber am Ende in das Projekt aufgenommen werden könne. Es sei sowohl bei neuen als auch bei traditionellen Einsatzstellen eine große Bereitschaft festzustellen, mit Migrant*innenorganisationen zusammenzuarbeiten. Die schwierige Aufgabe sei es, geeignete Freiwillige zu finden.

Eine Migrant*innenorganisation, die sich anschicke, Träger von Freiwilligendiensten zu werden, stehe - nach den bisherigen Projekterfahrungen - grundsätzlich vor den gleichen Herausforderungen wie ein etablierter Träger, der irgendwann auch einmal angefangen habe. Allerdings sei der Bekanntheitsgrad von Migrant*innenorganisationen im Umfeld des Freiwilligendienstes am Anfang sehr gering gewesen. Es seien deshalb im ersten Projektjahr enorme Anstrengungen und sehr viele Informations- und Werbeveranstaltungen notwendig gewesen, um überhaupt das Interesse von jungen Menschen an dem Projekt zu wecken. Daneben sei die konzeptionelle Ausgestaltung von den Migrant*innenorganisationen zu „stemmen“ gewesen. Bemerkenswert bei der Akquise der Freiwilligen sei, dass man stärker als bei etablierten Trägern das familiäre Umfeld – Eltern, Großeltern, Geschwister etc. – mit einbeziehen müsse, da es bei Migrant*innen kaum Vorbilder mit Erfahrungen im Bereich der Freiwilligendienste gebe. Viele türkische Jugendlichen in Berlin verließen zudem die Schule mit einem Hauptschulabschluss. Es sei daher eine besondere Herausforderung, diesen jungen Menschen die Erkenntnis zu vermitteln, dass die Teilnahme an einem FSJ für sie ein Weiterkommen in der eigenen Entwicklung darstellen könne, weil dies nicht so in ihrem Blickfeld sei. Außerdem beziehe – gerade im Bereich der türkischen Community – eine Reihe von Familien ihren Lebensunterhalt zum Teil aus dem Arbeitslosengeld II. Dies habe nicht nur bei Migrant*innen und Migranten zur Folge, dass das im Rahmen des FSJ gezahlte Taschengeld zum Teil mit dem Familieneinkommen verrechnet werde. Auch hier habe daher zunächst Überzeugungsarbeit geleistet werden müssen.

Migrant*innenorganisationen, die selbst FSJ-Träger seien, könnten zum einen durch ihre Tätigkeit das Wissen über Freiwilligendienste in der eigenen Community stärken und zum anderen Zugänge schaffen und Brücken bauen für eine aktive Teilhabe an der Zivilgesellschaft. Die bisherigen Erfahrungen hätten eindeutig bestätigt, wie wichtig es gewesen sei, ein solches Projekt ins Leben zu rufen und Migrant*innenorganisationen dabei zu begleiten, ein erfolgreicher Träger des FSJ zu sein.

Der **Vorsitzende** dankt Frau Krug für ihre Ausführungen. Er freue sich besonders, dass Herr Kolat an der heutigen Sitzung teilnehme und dass man nicht nur über Migrantenorganisationen rede, sondern mit einem Vertreter der Türkischen Gemeinde in Deutschland, die sich in diesem Bereich besonders engagiere. Es sei im Zusammenhang mit der Verabschiedung des Jugendfreiwilligendienstgesetzes im Jahr 2008 ein Anliegen der damaligen großen Koalition gewesen, das von einer breiten Mehrheit in Ausschuss und Plenum getragen worden sei, Jugendliche mit Migrationshintergrund und bildungsfernere Jugendliche stärker an den Freiwilligendiensten zu beteiligen. Ein Folge sei das heute hier vorgestellte Projekt.

Kenan Kolat (Türkische Gemeinde in Deutschland) bedankt sich zunächst für die Einladung in den Unterausschuss und für das Engagement für das Projekt. Er wisse, dass sich viele Abgeordnete über Parteigrenzen hinweg dafür eingesetzt hätten. Es sei eine besondere Ehre für die Türkische Gemeinde in Deutschland, als erste Migrantenorganisation eine Anerkennung als FSJ-Träger erreicht zu haben. Dies sei nicht einfach gewesen, weshalb er seinen besonderen Dank an die Projektpartner – ISS, das Land Berlin und das BMFSFJ – aussprechen wolle. Die Türkische Gemeinde habe für das Projekt nicht nur die Stelle einer Koordinatorin eingerichtet, sondern unterstütze dieses mit drei zusätzlichen Kräften, die auch in anderen Projekten arbeiteten.

Aufbau und Anerkennung eines solchen Projektes seien ein langwieriger Prozess. Dies werde bereits mit Blick auf die Begriffe deutlich. So gebe es beispielsweise für das Freiwillige Soziale und das Freiwillige Ökologische Jahr keine türkischen Begriffe. Eine Herausforderung sei auch die Umsetzung des Programmes gewesen. Dies habe besonders für die Frage gegolten, wie man Jugendliche mit Migrationshintergrund ansprechen könne, um sie für das Projekt zu interessieren. Zudem sei bekanntlich der Anteil der Abiturienten bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund im Verhältnis zu den deutschstämmigen Jugendlichen deutlich geringer. Insofern habe man zunächst einmal die richtige Ansprache finden müssen, zumal das Wissen über das FSJ unter Jugendlichen mit Migrationshintergrund sehr gering gewesen sei. Deshalb habe man zunächst damit begonnen, an Schulen und Freizeiteinrichtungen über das FSJ zu informieren und habe dabei auch die türkischsprachigen Medien mit einbezogen. Auch dies sei zunächst nur auf wenig Resonanz gestoßen. Die Jugendlichen, die sich gemeldet hätten, seien am Anfang zudem ausschließlich türkische bzw. türkischstämmige Jugendliche gewesen.

Zurzeit seien 33 Jugendliche bei der Türkischen Gemeinde im Programm. Am Ende des Jahres würden es voraussichtlich 40 sein. Von den 33 teilnehmenden Jugendlichen seien 10 Deutsche ohne Migrationshintergrund, 12 mit türkischem und 11 mit anderem – polnischem, libanesischem, saudi-arabischem, serbischem, kroatischem, ghanaischem – Migrationshintergrund. Damit habe man etwas erreicht, mit dem man am Anfang gar nicht gerechnet habe, nämlich das Interesse von nicht-türkischen Jugendlichen an einem interkulturellen Dienst bei einem migrantischen Träger zu wecken. Wenn man die 12 Jugendlichen mit türkischem Migrationshintergrund im Projekt näher betrachte, stelle man fest, dass die eine Hälfte einen Hauptschul- bzw. einen erweiterten Hauptschulabschluss und die andere Hälfte einen mittleren Schulabschluss habe. Dagegen habe kein Projektteilnehmer mit türkischem Migrationshintergrund Abitur, was sonst im FSJ und FÖJ die dominierende Gruppe sei. Es sei also offensichtlich gelungen, mit dem Projekt bislang in den Jugendfreiwilligendiensten eher wenig erreichte Gruppen anzusprechen und ihnen das Gefühl zu vermitteln, dass sie etwas können. Diesen „Empowerment“-Gedanken herüber gebracht zu haben, sei ein wichtiger Verdienst dieses Projektes. Dies sei ohne die Mitarbeit der Kolleginnen und Kollegen, insbesondere von Frau Dogan als Projektkoordinatorin, die als Besucherin an der heutigen Sitzung teilnehme, nicht möglich gewesen. Hierfür wolle er sich an dieser Stelle herzlich bedanken.

Eine besondere Schwierigkeit habe darin bestanden, geeignete Einsatzstellen zu finden. Man habe bei Migrantenorganisationen angefragt, die zunächst fälschlicherweise davon ausgingen, dass sie zusätzliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erhielten. Stattdessen sollten sie ca. 450 Euro für einen FSJ-Platz aufwenden. Frau Huth habe bereits darauf hingewiesen, dass viele Migrantenorganisationen in ihren Projekten hauptsächlich mit ehrenamtlichem Personal arbeiteten und nur wenig finanzielle Ressourcen hätten. Insofern sei es ein schwieriges Unterfangen gewesen, interessierte Einsatzstellen zu finden. Der Landesverband Berlin der Türkischen Gemeinde habe dafür gesorgt, dass durch eine Unternehmensspende die notwendigen Gelder zur Verfügung gestellt worden seien. Darüber hinaus habe man neue - auch deutsche - Einsatzstellen akquiriert, die bis dahin nichts über das FSJ gewusst hätten. So sei es etwa gelungen, VIVANTES zu gewinnen, die insgesamt 30 Plätze anböten und dieses Angebot noch ausweiten wollten. Auch seien Einsatzstellen bei deutsch-türkischen Pflegediensten, in Krankenhäusern und Behindertenwerkstätten gewonnen worden. Es sei erfreulich, wie viele Stellen sich auch durch das Engagement der Türkischen Gemeinde für die Jugendlichen interkulturell geöffnet hätten. Man gehe davon aus, dass am Ende des FSJ einige der Teilnehmer dort eine Ausbil-

derung begännen. Frau Staatsministerin Böhmer habe zu Recht darauf hingewiesen, dass Migrantenorganisationen mit der Teilnahme an diesem Projekt unterstrichen, dass sie in die Gesellschaft hineingehen und in ihr Verantwortung übernehmen wollten und nicht nur Forderungen stellten, wie ihnen manchmal vorgeworfen werde.

Weiteren Handlungsbedarf gebe es aus seiner Sicht bei einer Reihe von Punkten. FSJ und FÖJ seien - trotz der skizzierten Anstrengungen - immer noch nicht bekannt genug. Dies zeige auch die kleine Zahl von etwas mehr als 30 FSJ-Teilnehmerinnen und -teilnehmern bei der Türkischen Gemeinde bei insgesamt 35.000 jungen Menschen, die in Deutschland einen Freiwilligendienst absolvierten. Er versuche gegenwärtig mit dem türkischen Verteidigungsminister zu klären, ob bei vor dem Jahr 2000 eingebürgerten männlichen Doppelstaatlern künftig auch ein nach § 14c des Zivildienstgesetzes absolvierter Jugendfreiwilligendienst als Ersatzdienst für den Zivildienst in der Türkei anerkannt werden könne. Bisher würden dort nur der Wehr- und Zivildienst anerkannt. Hier bitte er um Unterstützung der Abgeordneten, wenn diese mit türkischen Kolleginnen und Kollegen sprächen.

Auf das Problem, Migrantenorganisationen als Einsatzstellen zu gewinnen, habe er bereits hingewiesen. Hier fehle es vor allem an den notwendigen finanziellen Ressourcen. Er würde es daher sehr begrüßen, wenn es hier eine unterstützende Förderung geben könnte, auch wenn er wisse, dass die Haushaltslage momentan schwierig sei. Ein weiteres strukturelles Problem bestehe darin, dass viele kleine und mittlere Migrantenorganisationen fast ausschließlich mit ehrenamtlichem Personal arbeiteten. Dies erschwere die Zusammenarbeit mit Organisationen und Trägern, die über hauptamtliches Personal verfügten, da „Ehrenamtler“ meist nur am Abend nach der Arbeit Termine wahrnehmen könnten.

In der Koalitionsvereinbarung stehe, dass Migrantenorganisationen als Träger von Freiwilligendiensten gefördert werden sollten. Seit einigen Wochen würden zudem die Pläne zum Freiwilligen Zivildienst diskutiert. Die Türkische Gemeinde habe auch Interesse als Organisation daran mitzuwirken. Dies hänge allerdings von den Anerkennungsmodalitäten ab. In einer Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Abgeordneten Aydan Özoguz sei darauf hingewiesen worden, dass es ab 1.1.2011 eine Servicestelle für Migrantenorganisationen geben solle, die vom ISS betreut werden solle. Das ISS mache ohne Zweifel hervorragende Arbeit, allerdings hätten auch Migrantenorganisationen Interesse

daran, eine solche Servicestelle zu übernehmen. Insofern hätte man es begrüßt, wenn eine solche Aufgabe ausgeschrieben worden wäre, um sich dafür bewerben zu können. Denn auch die Türkische Gemeinde sei in der Lage, diese Servicestelle zu übernehmen. Man könne und wolle gemeinsam mit anderen etablierten Trägern mehr Verantwortung im Bereich der Freiwilligendienste übernehmen. Man sehe sich da auch nicht in der Konkurrenz zu den etablierten Trägern, sondern man könne viele neue Jugendlichen und neue Einsatzstellen mit einbringen.

Der **Vorsitzende** dankt Herrn Kolat für seinen leidenschaftlichen Vortrag. Die Frage- und Diskussionsrunde der Fraktionen beginne Klaus Riegert von der CDU/CSU-Fraktion.

Abg. **Klaus Riegert** (CDU/CSU) bedankt sich zunächst herzlich für die Vorträge und auch für das Engagement aller Beteiligten bei diesem sehr wichtigen Thema. Vor einigen Jahren habe der Präsident der Deutschen Feuerwehrverbandes es als eine der wichtigsten Zukunftsaufgaben bezeichnet, künftig auch Migrantinnen und Migranten für die Mitarbeit bei der Freiwilligen Feuerwehr Deutschlands zu gewinnen. Beim Jubiläum am letzten Samstag habe auch der örtliche Kreischeff der Feuerwehr eine entsprechende Einladung an die Migranten ausgesprochen. Dies zeige, dass sich in dieser Hinsicht in den letzten Monaten und Jahren viel getan habe. Dafür wolle er sich bei allen bedanken, die daran mitgewirkt hätten. Der Vorsatz, nicht über-, sondern miteinander zu reden, zeige an diesem Beispiel Früchte. Ihn interessiere, wie es mit Hilfe der Integrationspolitik gelingen könne, „Brückenbauer“ anzusprechen, damit sich Öffnung und Austausch noch verstärken und in der Breite der Gesellschaft fruchtbar werden könnten.

Abg. **Ute Kumpf** (SPD) begrüßt, dass das Projekt unter Beteiligung der Türkischen Gemeinde so gut angelaufen sei. Ihre Fraktion sei von Anfang an davon überzeugt gewesen, dass junge Menschen mit Migrationshintergrund stärker für einen Freiwilligendienst zu gewinnen seien. Besonders gut finde sie auch, dass sich einer der Projektpartner bemühe, auch junge Roma anzusprechen, was ein sehr schwieriges Feld sei. Wenn es, wie in diesem und in anderen Projekten z. B. den „Stadtteilmüttern“, gelinge, junge Menschen *und* ihre Familien anzusprechen, könne das Engagement Kreise ziehen und andere begeistern. Dies müsse jedoch auch politisch unterstützt werden.

Frau Staatsministerin Böhmer habe in ihrem Bericht einen nationalen Aktionsplan mit Maßnahmen angekündigt. Sie interessiere, wann dieser Aktionsplan kommen und mit

welchen Mitteln er unterfüttert werde. Zudem müsse zunächst einmal bilanziert werden, inwieweit die im Rahmen des Nationalen Integrationsplans von Bund, Ländern und Kommunen, aber auch von Verbänden übernommenen Selbstverpflichtungen in der Praxis umgesetzt worden seien.

Die Abgeordnete fährt fort, sie halte die Aussage der Kanzlerin, „Multikulti“ wäre gescheitert, für falsch. Das Thema „Multikulturelle Stadt“ sei auch keine Erfindung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, sondern eine des CDU-Oberbürgermeisters Manfred Rommel aus dem Jahr 1990. Schon damals sei von ihm klar erkannt worden, dass eine Stadt, die so viele Menschen mit unterschiedlicher ethnischer Herkunft beherberge, eine multikulturelle Stadt sei und dass auch Menschen mit muslimischer Religion zu dieser Stadt gehörten. Sie empfehle daher mehr Ernsthaftigkeit in der integrationspolitischen Diskussion und die Pflege von Plattformen, auf denen der interreligiöse Dialog geführt werde.

Bedauerlich finde sie auch, dass das Thema „Integration“ in der Engagementstrategie relativ lieblos mit zwei Merkpunkten abgehandelt und dass das Thema „Partizipation und Teilhabe“ überhaupt nicht aufgegriffen werde. Ein WDR-Korrespondent habe einmal den Satz geprägt, dass man sich nur dann als Bürger fühlen könne, wenn man auch Bürgerrechte habe. Deswegen sei das kommunale Wahlrecht eine Frage, die eigentlich ebenfalls in diesem Zusammenhang mit diskutiert werden müsste. Auch durch die Anerkennung von Mehrstaatlichkeit könnten sich noch mehr hier lebende Menschen eingeladen fühlen, sich demokratisch in diese Gesellschaft einzubringen.

Abg. **Britta Haßelmann** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) bedankt sich ebenfalls für die Eingangstatements und die inhaltlichen Inputs. Sie rege an, einzelne der heute angesprochenen Punkte, etwa den von Frau Staatsministerin Böhmer erwähnten nationalen Aktionsplan, noch einmal vertieft im Unterausschuss zu erörtern. Denn dazu werde die heutige Diskussionszeit sicherlich nicht ausreichen.

Sorgen mache ihr, dass auf der einen Seite in den vergangenen Jahren das Thema „Migration“ und wie man Menschen unterschiedlicher ethnischer Herkunft und Kultur für bürgerschaftliches Engagement und eine lebendige Zivilgesellschaft begeistern könne, hier im Unterausschuss auch interfraktionell und sehr konstruktiv diskutiert worden sei. Die vielen verschiedenen unterstützenden Programme und flankierenden Maßnahmen im Bereich der Integrationspolitik würden jedoch konterkariert, wenn auf der anderen Seite

der öffentliche integrationspolitische Gesamtdiskurs so zugespitzt geführt werde, wie es momentan der Fall sei. Ein Signal nach dem Motto „Multikulti ist tot“ und andere scharfe Äußerungen von verschiedener Seite erschwerten jedoch jede Überlegung, wie man das Thema „Bürgerschaftliches Engagement von Menschen unterschiedlicher ethnischer Herkunft und Kultur“ weiter nach vorne bringen könne. Denn diese Art der Diskussion führe in der konkreten Arbeit zu einer Verunsicherung, die nicht einfach mit zusätzlichen Finanzmitteln oder Programmen wieder beseitigt werden könne. Darüber müsse man politisch diskutieren, da man sonst die Situation zu sehr verkläre.

Ferner bittet die Abgeordnete Frau Staatsministerin Böhmer, zumindest kurz anzureißen, was beim nationalen Aktionsplan inhaltlich zu erwarten sei. Außerdem interessiere sie, wo beim Projekt in Berlin die größten Hemmnisse bestünden, da diese möglicherweise auf andere Bundesländer und Städte übertragbar seien. Fehle es an Anlaufstellen oder Räumen oder müsse die Zusammenarbeit mit den Schulen noch vertieft werden?

Abg. **Heidrun Dittrich** (DIE LINKE.) weist darauf hin, dass es in der Bundesrepublik viel Erfahrung mit Flüchtlingen, Vertriebenen und Aussiedlern gebe, die allerdings nicht immer bei der Eingliederung von Migranten genutzt worden sei. Sie interessiere, ob bei dem Projekt überlegt worden sei, den Teilnehmerinnen und Teilnehmern Sprachkurse zu vermitteln. Denn beide Seiten könnten davon profitieren, wenn einerseits Kinder mit türkischem Migrationshintergrund, die die deutsche Sprache noch nicht perfekt beherrschten, gemeinsam mit anderen ihre Sprachkenntnisse verbesserten und wenn andererseits deutschsprachige Kinder gemeinsam mit ihnen die türkische Sprache erlernten. Dies würde auch die größte Migrantengruppe in Deutschland deutlich aufwerten.

Mit der Forderung, Migrantorganisationen müssten ein sozialer Träger werden, um Freiwillige aufzunehmen, habe ihre Fraktion insbesondere dann ein Problem, wenn durch Freiwillige im sozialen Bereich ein neuer Niedriglohnsektor entstehe. Darauf habe sie im Unterausschuss wiederholt hingewiesen. Die LINKE. wolle stattdessen, dass durch steuerliche Umverteilung der Sozialstaat ausgebaut werde, sodass Vollzeitstellen entstünden, mit denen Menschen ihre Existenz sichern könnten. Gerade junge Migrantinnen und Migranten seien überproportional von Hartz IV und von Jugendarbeitslosigkeit betroffen. Dies könne nicht mit „Warteschleifen“ über Jugendfreiwilligendienste beseitigt werden. Die LINKE. sehe zwar das positive Potenzial von Jugendfreiwilligendiensten, sehe diese aber nicht als Heilmittel, sondern als eine Ergänzung an.

Die Abgeordnete möchte wissen, wie die überwiegend länderspezifisch organisierten Migrantorganisationen in den neuen Bundesfreiwilligendienst eingebaut werden könnten. Darüber hinaus fragt sie, ob der Vorsitzende darüber aufklären könne, ob der Bundesfreiwilligendienst lediglich ein anderes Wort für den freiwilligen Zivildienst sei.

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass er die Frage der Kollegin Dittrich, die sich offenbar auf ein Interview der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend beziehe, nicht beantworten könne, da er nicht gleichzeitig die Rolle des Vorsitzenden, des Abgeordneten der CDU/CSU-Fraktion und der Bundesregierung in einer Person übernehmen könne. Zuständig sei hier Herr Linzbach. Er bitte alle Experten, um kurze Antworten bzw. Stellungnahmen zu den Fragen, bei denen sie angesprochen seien.

StMin Prof. Dr. Böhmer (Bundeskanzleramt) schließt sich der Ansicht der Abg. Haßelmann an, die Frage des nationalen Aktionsplans zu einem späteren Zeitpunkt noch einmal ausführlicher aufzugreifen. Der Nationale Integrationsplan, der als umfassendes Gesamtkonzept neben der Bundesregierung auch Länder, Kommunen, gesellschaftlichen Gruppen inklusive der Migrantorganisationen eingeschlossen habe, werde die Basis für den geplanten nationalen Aktionsplan bleiben. Nachdem im ersten Schritt eine Vielzahl von Selbstverpflichtungen auf den Weg gebracht und sehr viele auch erfüllt worden seien, solle im nächsten Schritt innerhalb eines Jahres ein nationaler Aktionsplan entwickelt werden. Darin sollten die angestrebten Ziele mit konkreten Maßnahmen auch finanziell so unterlegt werden, dass sie innerhalb eines bestimmten Zeitraumes erfüllt werden könnten. Es gebe bereits jetzt im Nationalen Integrationsplan konkrete und gut überprüfbare Selbstverpflichtungen der Länder im Bereich Bildung, z. B. dass alle Lehrerinnen und Lehrer mit Deutsch als Zweitsprache innerhalb von fünf Jahren bis zum Jahr 2012 an Fortbildungsmaßnahmen teilnehmen sollten. Es handele sich um eine klares, mit operationalisierbaren Angaben versehenes Ziel, auch wenn das Ergebnis bei der Überprüfung möglicherweise nicht zufriedenstellend ausfallen werde. So stelle sie sich den Aktionsplan auch in vielen anderen Bereichen vor. Dabei müsse man schauen, in welchem Feldern dies funktionieren könne und wie man von der bisher üblichen Folge von Projektförderungen verstärkt auch zu Regelangeboten kommen könne.

Was die Frage der Kollegin Kumpf nach der Wirksamkeit der Selbstverpflichtungen angehe, verweist Staatsministerin Böhmer auf den vorgelegten ersten Fortschrittsbericht zum Nationalen Integrationsplan. Dort habe man mit dem Indikatorenbericht ein Messin-

strument entwickelt, mit dem künftig regelmäßig alle zwei Jahre Fortschritte und Entwicklungen in bestimmten Bereichen gemessen werden sollte. Dies gelte auch für das bürgerschaftliche Engagement.

Die Kollegin Habelmann habe die Form der integrationspolitischen Debatte angesprochen. Nach ihrer Ansicht führe jedoch nicht so sehr die aktuelle integrationspolitische Diskussion zur Verunsicherung, sondern vielmehr sei die aktuelle Diskussion für sie Ausdruck einer Verunsicherung. Wenn sich ein Land in der Zusammensetzung der Bevölkerung so stark verändere wie Deutschland gegenwärtig, könne dies Unsicherheit hervorrufen. Kindern aus Migrantenfamilien hätten – etwa in Frankfurt am Main – bei den unter 6-Jährigen einen Anteil von 67,5 Prozent. Sie plädiere dafür, die integrationspolitische Diskussion offen und ohne Tabuthemen zu führen, da es besser sei, vorhandene Ängste auf beiden Seiten aufzugreifen. Sie würde sich auch wünschen, dass die Diskussion nicht in *der* Erregung geführt werde, wie dies gegenwärtig der Fall sei, sondern dass es gelinge, diese in eine Bahn zu lenken, wo es um wirkliche Grundfragen gehe, wie beispielsweise, was unser Land zusammenhalte und welche Veränderungen überhaupt angestrebt würden. Dabei sei bürgerschaftliches Engagement von großer Bedeutung.

Wenn es um „Multikulti“ gehe, beobachte sie immer wieder, dass der Begriff sehr unterschiedlich belegt sei. Man könne ihn positiv füllen, man könne ihn aber auch als Beliebigkeit interpretieren. Auch hier sollte man so miteinander umgehen, dass man darauf schaue, wo man hinkommen wolle und wie man dieses Ziele erreichen könne. Dies bedeute auch, die Menschen durch bürgerschaftliches Engagement mitzunehmen und nicht nur darauf zu blicken, was Bundesregierung oder Kommunen täten. Auf die Frage zur Servicestelle werde sicherlich das BMFSFJ noch eingehen. Sie begrüße die grundsätzliche Bereitschaft der Türkischen Gemeinde, ihre Erfahrungen noch stärker mit einbringen zu wollen.

Susanne Huth (INBAS-Sozialforschung) bemerkt, sie wolle kurz auf die Anmerkungen des Abg. Herrn Riegert zum Fortschritt beim Thema „Integration“ bei den Freiwilligen Feuerwehren eingehen. Es habe sich hier zwar bereits einiges getan, gleichwohl müsse auch hier noch stärker sowohl nach innen als auch nach außen gewirkt werden. Denn es gebe durchaus noch Kreisverbände, wo die interkulturelle Öffnung abgelehnt werde, obwohl man wisse, dass diese vor dem Hintergrund des fehlenden Nachwuchses notwendig sei. Bei diesem Thema gebe es derzeit noch viel Bewegung und Reibung. Um an die

„Brückenbauer“ in Migrantenorganisationen heranzukommen, müsse man Geduld aufbringen und genügend Zeit einplanen. Wenn einheimische Organisationen für sich geklärt hätten, dass sie eine interkulturelle Öffnung wollten, sollten sie beispielsweise auf die Integrationsbeauftragten der Kommunen zugehen, da diese Kontakte zu Migrantenorganisationen vermitteln könnten. Außerdem müsse man in Migrantenorganisationen selbst hineingehen und für eine Mitarbeit werben. Dieser Weg sei zwar langwierig, lohne sich aber.

Irene Krug (Projektbüro „Migrantenorganisationen als Träger von Freiwilligendiensten“) betont, dass sie keine speziellen Hemmnisse in Berlin sehe. Ein wesentliches Problem, das sie aus 20 Jahren Arbeit im Freiwilligendienstbereich kenne, sei das der Bekanntheit. Herr Kolat habe bereits darauf hingewiesen, dass man im Laufe des Projekts in Berlin auf soziale Einrichtungen gestoßen sei, denen das FSJ nicht bekannt gewesen sei. Bei Migrantenorganisationen gebe es zudem die besondere Schwierigkeit, dass sie sich in diesem Feld erst bekannt machen müssten. Das Deutsche Rote Kreuz oder andere bundeszentralen FSJ-Träger bekämen dagegen eine Vielzahl von Bewerbungen, ohne etwas besonderes dafür tun zu müssen.

Dass Freiwillige nicht als billige Arbeitskräfte eingesetzt würden, liege in der besonderen Verantwortung der Träger und Einsatzstellen von Freiwilligendiensten, wobei jeder wisse, dass es sich dabei um eine Gratwanderung handele. Ein FSJ sei keine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme, und es müsse sich um eine zusätzliche Tätigkeit handeln, die von einem Bildungsangebot begleitet werde. Diese Regelung gelte selbstverständlich auch für Migrantenorganisationen, wenn sie Träger des FSJ seien.

Kenan Kolat (Türkische Gemeinde in Deutschland) merkt an, er sei vor einem Jahr auf einer Tagung beim Deutschen Feuerwehrverband mit 600 Feuerwehrmännern und -frauen gewesen. Es sei ihm dabei niemand aufgefallen, bei dem man vom Aussehen auf einen Migrationshintergrund habe schließen können. Zudem müsse man wissen, dass es Freiwillige Feuerwehren in der Türkei in dieser Form nicht gebe. Insofern müsse man zum einen Vorbilder schaffen, um beispielsweise Menschen mit türkischem Migrationshintergrund für ein solches Engagement zu motivieren und zum anderen diejenigen, die sich bereits in der Freiwilligen Feuerwehr engagierten, die entsprechende Anerkennung zukommen lassen.

Herr Kolat weist weiter darauf hin, dass nicht nur Herr Rommel, sondern auch Heiner Geißler bereits früh von der „multikulturellen Gesellschaft“ gesprochen hätten. „Multi-kulti“ könne aus seiner Sicht nicht scheitern, da es eine Beschreibung der gesellschaftlichen Gegebenheiten sei. Ob man letztendlich von einer multikulturellen oder lieber von einer kulturell-vielfältigen Gesellschaft spreche, halte er für weniger entscheidend. Wichtiger sei, dass man sich endlich auf den Weg zu einer Integrationspolitik gemacht habe, die es über viele Jahrzehnte so nicht gegeben habe.

Christoph Linzbach (BMFSFJ) weist darauf hin, dass es bekanntlich seit vielen Jahren die „Koordinierungsstelle Jugendfreiwilligendienste“ gebe, die bei der Beratung und Betreuung von Trägern, Einsatzstellen, Kommunen etc. verdienstvolle Arbeit geleistet habe. Das BMFSFJ habe sich entschieden, die „Koordinierungsstelle Jugendfreiwilligendienste“ zu einer Servicestelle weiterzuentwickeln. Als bundesweite Servicestelle solle diese insbesondere Aufgaben der rechtlichen und fachlichen Beratung und Qualifizierung wahrnehmen und Unterstützung bei der Integration von benachteiligten Jugendlichen und jungen Migranten in die Jugendfreiwilligendienste leisten. Damit werde auch die Unterstützung von Migrantenorganisationen bei der Qualifizierung zu Trägern von Freiwilligendiensten fortgesetzt und deren Vernetzung mit den traditionellen Trägern weiterhin unterstützt. Er schlage vor, die Arbeit der Servicestelle – bei entsprechendem Interesse – zu einem späteren Zeitpunkt im Unterausschuss präsentieren zu lassen.

Die von der Abg. Kumpf geäußerte Ansicht, das Thema Integration werde in der Engagementstrategie „lieblos“ behandelt, teile er nicht. Das Thema „Integration und Migration“ ziehe sich vielmehr als Querschnittsthema durch den gesamten Text der Engagementstrategie. Der von der Abg. Dittrich angesprochene neue Dienst werde, unabhängig von der zu verwendenden Begrifflichkeit, wesentliche Chancen der Integration und der Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements von Menschen mit Migrationshintergrund verbinden. Auf die Nutzung dieses Potenzials und weniger auf die aktuelle und vorübergehende Klärung von Begrifflichkeiten sollte man sich gemeinsam konzentrieren.

Der **Vorsitzende** dankt Frau Böhmer, Frau Huth, Frau Krug und Herrn Kolat herzlich für ihr Kommen. Das im Einsetzungsbeschluss festgelegte Schwerpunktthema „Integration“ werde den Unterausschuss die gesamte Legislaturperiode weiter begleiten.

Tagesordnungspunkt 2

Bericht des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zum Stand der Vorbereitung für das Europäische Jahr der Freiwilligentätigkeit 2011

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass bekanntlich im November letzten Jahres der Rat der Minister für Bildung, Jugend und Kultur der Europäischen Union den Vorschlag der EU-Kommission angenommen habe, das Jahr 2011 zum Europäischen Jahr der Freiwilligentätigkeit zur Förderung der aktiven Bürgerschaft zu erklären. Da der Start des Europäischen Jahres näher rücke, habe man das BMFSFJ um einen Sachstandsbericht gebeten.

Christoph Linzbach (BMFSFJ) führt aus, das Europäische Jahr der Freiwilligentätigkeit 2011 habe den Zweck, bürgerschaftliches Engagement in den Fokus der Betrachtungen zu stellen. Alle Mitgliedstaaten seien verpflichtet, den vom Vorsitzenden genannten Beschluss des Rates umzusetzen. Die Bundesregierung beteilige sich gerne am Europäischen Jahr, weil es die Chance biete, im Nachgang bzw. in der Umsetzung der nationalen Engagementstrategie auch einen europäischen Akzent zu setzen.

Insgesamt stünden laut Ratsentscheidung etwa 8 Millionen Euro zur Verfügung. Davon entfielen 420.000 Euro auf Deutschland. Das BMFSFJ übernehme an Ko-Finanzierungsmitteln 263.000 Euro für die acht ausgewählten Projekte. Insgesamt würden etwa 550.000 Euro für das Europäische Jahr der Freiwilligentätigkeit verwendet. Darin seien auch die die Kosten für eine Geschäftsstelle zur Umsetzung des Europäischen Jahres in Deutschland enthalten, die bei der BAGFW angesiedelt sei. Die Leiterin der Geschäftsstelle, Frau Wolf, sei in der heutigen Sitzung anwesend und könne bei Fragen angesprochen werden.

Die acht geförderten Projekte seien nach einer breiten Beteiligung der Länder, der Kommunen und der Zivilgesellschaft im Juli/August 2010 ausgewählt worden. Bei der Auswahl der Projekte habe man die von der Europäischen Union gesetzten Kriterien zugrunde gelegt. Es sei darauf geachtet worden, dass verschiedene Themenfelder abgedeckt würden und dass die Projekte auch regional relativ breit gestreut seien. Acht Projekte seien sicherlich keine große Zahl, mehr sei aber aufgrund des zur Verfügung stehenden finanziellen Rahmens nicht machbar gewesen. Am 21./22. Februar 2011 werde es eine Auftaktveranstaltung mit der Ministerin in Berlin geben. Insgesamt sei das Interesse am Europäischen Jahr sehr groß. Dies zeige auch die Zahl von 79 Bewerbungen bei der Ausschreibung für die Projekte. Es gebe viele Organisationen und Kommunen, die sich an der

Umsetzung des Europäischen Jahres mit Maßnahmen beteiligten, auch wenn sie keine Förderung erhielten. Er sei davon überzeugt, dass das Europäische Jahr spannend werde und einen Schub von der europäischen Ebene für das Thema geben werde.

Tagesordnungspunkt 3

Diskussion über die nationale Engagementstrategie der Bundesregierung

Der **Vorsitzende** fragt, ob die Mitglieder damit einverstanden seien, den Tagesordnungspunkt 3 auf die nächste Sitzung zu verschieben, da für eine angemessene inhaltliche Debatte heute nicht mehr ausreichend Zeit sei. Er sehe ein zustimmendes Nicken bei allen Fraktionen, sodass man so verfahren könne.

Abg. **Britta Habelmann** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) merkt an, auch sie stimme dem Vorschlag zu, die inhaltliche Diskussion über die nationale Engagementstrategie auf die nächste Sitzung zu vertagen. Sie habe jedoch eine konkrete Frage, die sich unter anderem auf den Haushalt beziehe und nicht noch 14 Tagen aufgeschoben werden könne. Sie habe auf ihre schriftliche Anfrage, ob das „Nationale Forum für Engagement und Partizipation“ mit der bisherigen finanziellen Unterstützung des BMFSFJ unter der Leitung des BBE weitergeführt werde und wie dies im Haushalt 2011 berücksichtigt werde, eine äußerst nichtssagende Antwort von der Bundesregierung erhalten. In dieser sei lediglich darauf verwiesen worden, dass die Bundesregierung auch künftig Maßnahmen zur Begleitung der Umsetzung der nationalen Engagementstrategie plane und dass der Haushaltsplan noch nicht verabschiedet sei. Sie bitte das BMFSFJ wenigstens im Unterausschuss als zuständigem Fachausschuss eine Andeutung zu machen, wie es im nächsten Jahr mit dem „Nationalen Forum für Engagement und Partizipation“ weitergehen solle.

Christoph Linzbach (BMFSFJ) antwortet, er könne an dieser Stelle nicht mehr zur Beantwortung dieser Frage beitragen, als man es in der schriftlichen Antwort getan habe. Die Geschäftsstelle für das Nationale Forum werde für das nächste Jahr ausgeschrieben. Darauf habe man bereits hingewiesen, und darüber seien die Akteure auch unterrichtet worden. Die Vorlage zu dieser Ausschreibung liege im Moment beim Staatssekretär zur Entscheidung. Die Frage, wie die Ausschreibung im Einzelnen konturiert sei, könne er daher heute noch nicht abschließend beantworten. Sicher sei nur, dass es eine solche Ausschreibung geben werde. Er halte es auch vor dem Hintergrund der Größenordnung

der in Rede stehenden Beträge für ein absolut angemessenes Vorgehen, dass man denjenigen Bewerber aussuche, der die beste Leistung für das Geld anbiete.

Abg. **Ute Kumpf** (SPD) kritisiert die Absicht des BMFSFJ, den Dialog und die Partizipation mit der Bürgergesellschaft – bisher organisiert über das BBE als Netzwerk – als Dienstleistung ausschreiben zu wollen. Das „Nationale Forum für Engagement und Partizipation“ sei noch von der großen Koalition mit dem Ziel auf den Weg gebracht worden, Partizipation und Teilhabe bei der Entwicklung und Umsetzung der nationalen Engagementstrategie zu ermöglichen. Ein solcher Beteiligungsprozess könne nicht durch eine Zuarbeit ersetzt werden, die als Dienstleistung verstanden werde. Ihre Fraktion finde das dahinter stehende Verständnis des BMFSFJ von bürgerschaftlichem Engagement und Partizipation sehr befremdlich.

Abg. **Britta Habelmann** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) betont, sie halte die Beantwortung ihrer Fragen zur nationalen Engagementstrategie und zum „Nationalen Forum für Engagement und Partizipation“ durch die Bundesregierung für absolut inakzeptabel. Selbst wenn das Ministerium zu der Auffassung gelangt sein sollte sei, das „Nationale Forum für Engagement und Partizipation“ nicht weiterzuführen, könne man darüber diskutieren, auch wenn man in der Sache unterschiedlicher Meinung sei. Aber sämtliche Informationen und Antworten einfach zu verweigern, führe auch diesen Unterausschuss ad absurdum. Darüber müsse man auch intern unter den Obleuten noch einmal sprechen.

Christoph Linzbach (BMFSFJ) betont, er habe bereits deutlich gemacht, dass lediglich die Geschäftsstelle als Dienstleistung ausgeschrieben werde. Er wolle auch noch einmal klarstellen, dass er das „Nationale Forum für Engagement und Partizipation“ nicht als Dienstleistung bezeichnet habe. Das Nationale Forum sei ein partizipativer Prozess, dessen Funktionieren auch weiterhin gewährleistet sein müsse.

Die Ergebnisse des Nationalen Forums spiegelten sich – aus seiner Sicht – auch durchaus in vielfältiger Weise in der Engagementstrategie wider. Niemand habe erwarten können, dass dessen Ergebnisse eins zu eins in die Engagementstrategie übernommen würden. Es sei aber sehr vieles aufgenommen worden und deshalb freue man sich darauf, die nationale Engagementstrategie im nächsten Jahr in Kooperation mit der Zivilgesellschaft umzusetzen.

Abg. **Sönke Rix** (SPD) erklärt, es wäre interessant zu erfahren, warum die Geschäftsstelle jetzt ausgeschrieben werden solle, während dies vorher nicht der Fall gewesen sei.

Christoph Linzbach (BMFSFJ) antwortet, dies sei eine Entscheidung der Leitung des Hauses vor dem Hintergrund der Erfahrungen, die man in diesem Jahr gesammelt habe.

Tagesordnungspunkt 4

Verschiedenes

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass in der nächsten Sitzung des Unterausschusses am 10. November 2010 – wie vorhin vereinbart – unter TOP 1 zunächst die inhaltliche Diskussion über die nationale Engagementstrategie geführt werden solle. Darüber hinaus werde es in einem Fachgespräch um das Thema „Aktuelle Chancen und Herausforderung der Engagementförderung in den Kommunen“ gehen. Dazu seien Vertreter der kommunalen Spitzenverbände sowie Herr Professor Olk von der Universität Halle-Wittenberg eingeladen. Außerdem werde die Initiative „für mich. für uns. für alle.“ vorgestellt.

Den Obleuten schlage er vor, am 1. Dezember 2010 um 18.00 Uhr ein einstündiges Obleutegespräch durchzuführen. Er höre keinen Widerspruch, so dass man so verfahren könne.

Der Vorsitzende schließt die 8. Sitzung des Unterausschusses mit herzlichem Dank für die lebhaftige Diskussion.

Ende der Sitzung um 19:04 Uhr



Markus Grübel, MdB